

netzwerkB e.V. – Schulstraße 2B – 23683 Scharbeutz – Germany

Pressemitteilung

netzwerkB e.V.

Schulstraße 2b
23683 Scharbeutz
Germany

Norbert Deneff
Vorsitzender
Telefon: +49 (0) 4503 892 782
Fax: +49 (0) 4503 892 783
E-Mail: norbert.deneff@netzwerkB.org
<http://www.netzwerkB.org>

24.07.2012

46 Tage HUNGERSTREIK – Politik lässt Opfer lieber verhungern als sich für Opferschutz und Kinderschutz einzusetzen

Vom 8. Juni bis 24. Juli 2012 befand sich Norbert Deneff im HUNGERSTREIK weil:

die Bundestagsfraktion der SPD nicht dazu bereit ist, sich im Deutschen Bundestag für die Aufhebung der Verjährungsfristen von sexualisierter Gewalt einzusetzen, gleichwohl sich die Delegierten des Bundesparteitages der SPD am 6. Dezember 2011 eindeutig dafür ausgesprochen haben:

<http://youtu.be/j3sUibSUnuo>

Diesem Hungerstreik schlossen sich folgende Personen an:

Christiane Kieburg

Katharina M.

Anette W.

Alwin Michel

Wilfried Fesselmann

Brigitte Lunzer Rieder aus Österreich

Einige Namen können nicht voll genannt werden, weil es von den Tätern Unterlassungsklagen gegen sie gibt, und sie sich deshalb nicht offen als Opfer von sexualisierter Gewalt zu erkennen geben dürfen.

Bankverbindung:
Sparkasse Holstein (BLZ: 213 522 40)
Konto-Nr.: 135 855153

netzwerkB ist beim
Amtsgericht Lübeck unter der Nr.:
VR3272HL eingetragen.
netzwerkB ist gemeinnützig.

Nach Rücksprache untereinander, mit unseren Unterstützern und mit unseren Ärzten, beenden wir den Hungerstreik.

Wir werden uns weiter für den Opferschutz, für die Kinder und den Kinderschutz einsetzen. **Die Politik hat gezeigt, dass sie lieber bereit ist, die Opfer verhungern zu lassen, als mit ihnen zu reden** und mit ihnen gemeinsam grundlegende Verbesserungen in den Bereichen des Opferschutzes und des Kinderschutzes vorzunehmen.

Die jetzigen Gesetzesentwürfe:

Bundesregierung 17/6261

SPD 17/3646

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 17/5774

Wir haben auch während des Hungerstreiks den Politikern weiter angeboten, ihnen bei der Motivation und den Inhalten zu helfen. Sie schlugen dieses Angebot aus.

Die Politik antwortete nicht auf die Frage, wie sie den Kindern von heute in 20, 30 oder mehr Jahren erklären will: Wir hätten damals die Chance gehabt, die Verjährungsfristen aufzuheben, aber wir haben es nicht getan, ihr müsst weiter schweigen. Sie hat auch keine Antwort gegenüber den Opfern, die heute keine Gerechtigkeit und Unterstützung erhalten.

Für uns waren bis zu 46 Tage Hungerstreik eine harte und schmerzhaft Zeit. Sie ist aber kein Vergleich zu dem, was Kinder jetzt gerade erleiden müssen, die über Jahre hinweg Opfer von sexualisierter Gewalt in ihrem Zuhause oder ihrem Umfeld überleben müssen, ohne Hilfe zu erhalten.

Die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Fristen für Sexualstraftaten müssen endlich aufgehoben werden, damit Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüche zum Beispiel vor dem Hintergrund der hohen Therapiekosten den Opfern möglich bleiben und nicht sämtliche Kosten auf die Gesellschaft abgewiesen werden. Die Opfer sexualisierter Gewalt leiden lebenslang. Die gesundheitlichen Folgen sind gravierend, viele leiden unter einem komplexen Posttraumatischen Belastungssyndrom (K-PTBS). Der einklagbare Anspruch auf Unterstützung und Entschädigung darf für Gewaltopfer nicht verjähren. In der Gesellschaft wäre es ein Signal, Gewalttaten nicht länger juristisch als eine Bagatelle zu behandeln. Der Täterschutz darf nicht größer sein als der Opferschutz. Das sind wir den

netzwerkB e.V.

Schulstraße 2b
23683 Scharbeutz
Germany

<http://www.netzwerkB.org>

Bankverbindung:
Sparkasse Holstein (BLZ: 213 522 40)
Konto-Nr.: 135 855153

netzwerkB ist beim
Amtsgericht Lübeck unter der Nr.:
VR3272HL eingetragen.
netzwerkB ist gemeinnützig.

Kindern, die jetzt gerade leiden, schuldig. Mehr unter:
<http://netzwerkb.org/2012/07/13/hungerstreik-tag-36-es-geht-um-unsere-kinder/>

**Wir bedanken uns bei all denen die uns im HUNGERSTREIK
unterstützt haben:**

- bei den Mitgliedern und Spendern von netzwerkB
- bei den vielen Menschen die uns geschrieben und angerufen haben
- bei den Medien, die uns eine Stimme gegeben haben
- bei den **63.800 Menschen** mit ihrer Unterschrift

Bitte unterstützen Sie unsere beiden Petitionen zur Aufhebung der
Verjährungsfristen auch weiterhin:

- an den Europäischen Gerichtshof
<http://netzwerkb.org/petition>
- an den Deutschen Bundestag
http://www.avaaz.org/de/petition/Eine_Reform_der_Gesetze/?cuHZmbb

Auch mit dem Beschluss des Bundestages vom 20. Juli 2012, den Schutz vor
Gewalt von Babys und Kindern dem Willen der großen
Religionsgemeinschaften in Form von Beschneidung unterzuordnen, setzt
die deutsche Politik erneut das Signal, dass ihr Kinderschutz und
Opferschutz nicht am Herzen liegen.

Auch die ignorante Position der SPD-geführten Landesregierung von
Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsident Kurt Beck, es würde den Opfern
helfen, auf Grund der Fristen wieder schweigen zu müssen, ist nur eine von
vielen dieser Art, s. netzwerkB Pressemitteilung:

<http://netzwerkb.org/2012/07/22/justizministerium-rheinland-pfalz-kein-erkennbares-interesse-an-einer-veraenderung-der-verjaehrungsfristen/>

–
Für Journalisten-Rückfragen:
netzwerkB – Netzwerk Betroffener von sexualisierter Gewalt e.V.
Norbert Denef, Vorsitzender
Telefon: +49 (0)4503 892782
Mobil: +49 (0)163 1625091
norbert.denef@netzwerkb.org
www.netzwerkB.org
<http://twitter.com/#!/NorbertDenef>

netzwerkB e.V.
Schulstraße 2b
23683 Scharbeutz
Germany
<http://www.netzwerkb.org>
Bankverbindung:
Sparkasse Holstein (BLZ: 213 522 40)
Konto-Nr.: 135 855153
netzwerkB ist beim
Amtsgericht Lübeck unter der Nr.:
VR3272HL eingetragen.
netzwerkB ist gemeinnützig.